



Abbildung 1

JETZT MAL KONKRET! – Anregungen für den Unterricht

#1: Abhängen oder Krawall auf dem Schlossplatz? Jugendliche im öffentlichen Raum

Von Reina-Maria Nerlich

Debatten um fehlende Angebote für Jugendliche im öffentlichen Raum in Städten und auf dem Land flammen immer wieder auf. Nicht selten geraten dabei auch die Jugendlichen selbst in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit: Ihr Verhalten wird manchmal als störend empfunden. Durch die Coronapandemie, die mit neuen Regulierungen des Verhaltens im öffentlichen Raum einherging, haben die Diskussionen rund um Jugendliche in der Öffentlichkeit an Relevanz und Brisanz gewonnen. Ein Beispiel hierfür sind die häufig als „Stuttgarter Krawallnacht“ betitelten Ausschreitungen zwischen Jugendlichen und der Polizei im Juni 2020 rund um den Stuttgarter Schlossplatz. Neben Themen wie Drogenkonsum, Gewalt, Vandalismus und Ruhestörung wurde in Stuttgart auch der Vorwurf des (strukturellen) Rassismus laut, da sich die Reaktionen der Polizei und der Politik in erster Linie auf „Jugendliche mit Migrationshintergrund“ fokussierten.

Diese Kontroverse eignet sich gut, um mit Jugendlichen an einem konkreten Beispiel über ihr Verhalten im öffentlichen Raum, (strukturellen) Rassismus, Othering, Polizei und Zukunftsvisionen einer „Stadt für alle“ zu sprechen. Wir rekonstruieren die Debatte und ergänzen sie durch Anregungen für den Unterricht.

Lernziele:

- Schüler:innen können die Bedeutung des öffentlichen Raums für die Gesellschaft benennen.
- Schüler:innen kennen Erklärungsansätze für gewaltvolles Verhalten von Jugendlichen und können zu ihnen Stellung beziehen.
- Schüler:innen formulieren Forderungen für eine jugendgerechte Gestaltung des öffentlichen Raums unter Beachtung diverser Lebensrealitäten und Bedürfnisse.
- Schüler:innen wissen um diskriminierende Praxen mit Bezug auf Jugendliche (mit Migrationshintergrund) und benennen sie mithilfe von Fachbegriffen wie Othring oder Racial Profiling.

Die „Stuttgarter Krawallnacht“ 2020 – was geschah

In der Nacht auf den 21. Juni 2020 eskalierte die Situation in der Stuttgarter Innenstadt. Clubs, Bars, Cafés und andere Orte, an denen junge Menschen zusammentreffen und ihre Freizeit verbringen, waren wegen der Maßnahmen gegen die Coronapandemie geschlossen. Also trafen sich viele Jugendliche und junge Erwachsene einfach draußen, um abzuhängen und zu feiern. Als ein junger Mann aufgrund eines Drogenverdachtes von der Polizei kontrolliert werden sollte, solidarisierten sich mehrere Hundert Anwesende mit ihm. Es kam zu Angriffen mit Steinen und Flaschen auf die Polizei. Immer mehr Menschen kamen hinzu und die Gewalt breitete sich irgendwann auch auf Geschäfte und Restaurants der Innenstadt aus. Fensterscheiben wurden zerstört. Auch ein Rettungswagen, der auf dem Weg zu einem medizinischen Notfall war, wurde behindert. Erst im Laufe der Nacht gewann die Polizei wieder die Kontrolle über die Lage.

Auf einer Pressekonferenz am nächsten Tag hieß es, dass 19 Polizist:innen verletzt, 40 Geschäfte beschädigt und 24 Verdächtige vorläufig festgenommen worden seien. In Bezug auf die Verdächtigen erwähnte man auch Folgendes:

„Davon waren 12 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit und 12 Personen mit anderer Staatsangehörigkeit als deutsch“

(Thomas Berger, Vizepräsident des Polizeipräsidiums Stuttgart).

Als Reaktion auf die Vorkommnisse wurde eine Sonderkommission zur Ermittlung eingerichtet, die Bild- und Videomaterialien der Nacht auswertete.

Im Zuge dieser polizeilichen Aufarbeitung der Geschehnisse wuchs die Zahl der Verdächtigen. Im Landtag von Baden-Württemberg forderten wenige Tage später Angehörige aller Parteien harte Konsequenzen für Täter:innen:

„Wer in der Nacht zum Sonntag randalierte, wer plünderte, wer Steine warf und Scheiben zertrümmerte und vor allem unsere Polizistinnen und Polizisten brutal angriff und verletzte, wer all das getan hat, der muss merken, dass die Härte des Gesetzes eine Realität und nicht nur eine Redensart ist [...]“

(Andreas Stoch, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg).

Wie relevant ist die Herkunft der Tatverdächtigen?

In einer Sitzung des Gemeinderats erläuterte der Stuttgarter Polizeipräsident Frank Lutz, die Feststellung der Lebens- und Familienverhältnisse bei den teils minderjährigen Tatverdächtigen im Zuge der Ermittlungen überprüfen zu wollen. Bei der strafrechtlichen Aufarbeitung sollten alle persönlichen Umstände der Tatverdächtigen der Geschehnisse einbezogen werden. Teil dessen sei bei einigen Tatverdächtigen die Anfrage bei Standesämtern, ob bei ihnen oder ihren Eltern statistisch ein Migrationshintergrund erfasst sei.

Infobox: Migrationshintergrund

In offiziellen Statistiken der Bundesrepublik Deutschland haben all diejenigen Menschen einen Migrationshintergrund (MH), die entweder selbst aus einem anderen Land nach Deutschland gekommen sind oder von denen mindestens ein Elternteil nach Deutschland eingewandert ist. Im Jahr 2021 waren das 27,2 % der Bevölkerung in Deutschland. Dieser Prozentsatz ist in den vergangenen Jahren angesichts von Krisen und Konflikten in verschiedenen Teilen der Welt angestiegen.

Allerdings wird der Begriff „Migrationshintergrund“ schon lange kritisiert: teils weil er als stigmatisierend oder diskriminierend empfunden wird und teils weil er, anders als der Begriff vermuten lässt, Migration gar nicht in den Fokus stellt. Schließlich gelten auch Personen, die selbst nicht migriert sind, aufgrund ihrer Eltern als Menschen „mit Migrationshintergrund“.

So gibt es neben den Argumenten, die diesen Begriff ersetzen wollen, auch solche, die für dessen Beibehaltung sind, wie bspw. die Weiterführung von Statistiken oder die feste Etablierung des Begriffs MH. Das statistische Merkmal des MH könnte künftig durch „Eingewanderte und ihre Nachkommen“ ergänzt werden. Hierunter würden etwa auch Personen fallen, die Eltern mit deutschem Pass haben, aber selbst nicht in Deutschland geboren und erst später eingewandert sind. Diese neue Begrifflichkeit stellt also den Prozess der Migrationsbewegung in den Fokus.

Das Vorhaben des Polizeipräsidenten rief heftige Reaktionen in den sozialen Medien hervor, wo unter dem Begriff „Stammbaumforschung“ Kritik laut wurde. In der Debatte rund um das Vorhaben der Polizei, die in sozialen Medien unter dem Begriff „#Stammbaumforschung“ trendete, wurde immer wieder kritisiert, dass der Begriff „Stammbaumforschung“ in Deutschland nicht losgelöst von den genealogischen¹ Gesetzen im „Dritten Reich“ verwendet werden kann. Entsprechend äußerte sich auch Steffen Seibert, damaliger Sprecher der Bundesregierung: „Wer immer den auch jetzt in die Arena geworfen hat, dieser Begriff verbietet sich in diesem Zusammenhang. Das ist ein historisch belastetes und nicht angebrachtes Wort.“

Anhand der Protokolle der Gemeinderatssitzungen in Stuttgart konnte allerdings aufgezeigt werden, dass der Polizeipräsident den Begriff der „Stammbaumforschung“ nie verwendet hatte. Der Begriff „Stammbaumrecherche“ wurde stattdessen erstmalig vonseiten des grünen Stadtrats Marcel Roth in die Debatte eingebracht, der diesen in einem Facebook-Post verwendet. So heißt es in diesem Post, die Polizei würde „mit Hilfe der Landratsämter Stammbaumrecherche betreiben für die Deutschen mit Pass, deren Migrationshintergrund man nicht genau kenne“. Nachdem dieser Post in die Öffentlichkeit gelangte und der Begriff „Stammbaumrecherche“ medial kritisch aufgegriffen worden war, postete Roth daraufhin: „Wie man es nennt, ist unwesentlich. Die Polizeipraxis ist entscheidend.“ Zur Erklärung gab er später an, sich im Zuge seiner Kritik an den polizeilichen Ermittlungen erlaubt zu haben, die Debatte mit dem Begriff zuzuspitzen.

Die Diskussion rund um das Thematisieren der Herkunft der Eltern der Verdächtigen der „Krawallnacht“ riss nicht ab. Als Argument, um die Abfrage der Nationalitäten bei den Standesämtern durch die Polizei zu rechtfertigen, wurde beispielsweise vom baden-württembergischen Innenminister Thomas Strobl die Bedeutung der sozialen Herkunft von Täter:innen für präventive Schlüsse für die Zukunft betont.

Arbeitsauftrag:

1) Gib das Wort Stammbaumforschung in die Suchmaske einer großen Internetsuchmaschine ein, z. B. bei Google. Untersuche die ersten fünf Treffer auf der ersten Seite im Browser. Worum geht in den Links?

2) Lies die beiden folgenden Zitate:

„Wer immer den auch jetzt in die Arena geworfen hat, dieser Begriff verbietet sich in diesem Zusammenhang. Das ist ein historisch belastetes und nicht angebrachtes Wort“ (Regierungssprecher Seibert).

„Wie man es nennt, ist unwesentlich. Die Polizeipraxis ist entscheidend“ (Stadtrat Roth).

Diese beiden Zitate bilden Positionen in der Debatte nach der „Krawallnacht“ in Stuttgart ab. Welches Zitat passt besser zu dieser Situation? Begründe Deine Meinung.



Abbildung 2

¹ Von altgriechisch genealogéin „die Abkunft ermitteln“.

Dagegen wurde argumentiert, dass das statistische Merkmal „Migrationshintergrund“ allein unter politischen Gesichtspunkten diskutiert werde. Dadurch werde es Jugendlichen erschwert, selbst darüber zu entscheiden, wozu sie sich zugehörig fühlten und welche Bedeutung ihre Familiengeschichte dabei einnehme. Die Kategorie „Migrationshintergrund“ unterscheide nur zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Das führe in der Folge oftmals dazu, dass Menschen, die ihren Migrationshintergrund selbst für wichtig erachteten, als „Fremde“ oder nicht (wirklich) dazugehörend behandelt würden.

Die Ermittlungsmethoden der Polizei wurden deshalb als diskriminierend bezeichnet oder es wurden Parallelen zum Racial Profiling behauptet:



Abbildung 3



Abbildung 4



Abbildung 5

Infobox: Racial Profiling

Vanessa Eileen Thompson schreibt in einem [Artikel für die Bundeszentrale für politische Bildung](#):

„Racial Profiling (rassistische Profilerstellung, auch ‚Ethnic Profiling‘ genannt) bezeichnet polizeiliche Maßnahmen und Maßnahmen von anderen Sicherheits-, Einwanderungs- und Zollbeamt*innen, wie Identitätskontrollen, Befragungen, Überwachungen, Durchsuchungen oder auch Verhaftungen, die nicht auf einer konkreten Verdachtsgrundlage oder Gefahr (etwa dem Verhalten einer Person oder Gruppe) erfolgen, sondern allein aufgrund von („äußeren“) rassifizierten oder ethnisierten Merkmalen – insbesondere Hautfarbe oder (vermutete) Religionszugehörigkeit. Oft sind hier auch Verschränkungen mit weiteren Ungleichheitsdimensionen wie Geschlecht, sozio-ökonomischem Status, legalem Status, Sexualität, Behinderung, Sprache und Lebensalter zu verzeichnen. Anlasslose Personenkontrollen allein aufgrund eines phänotypischen Erscheinungsbildes verstoßen gegen das [Grundgesetz](#) (Art. 3 Abs. 3 GG), das [Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz](#) (AGG) sowie gegen das in der [Europäischen Menschenrechtskonvention](#) und in der [internationalen Anti-Rassismus-Konvention](#) angelegte Verbot der rassistischen Diskriminierung.“

Der Wiener Rapper T-Ser berichtet in diesem [Video](#), wie er einen Fall von Racial Profiling durch die Polizei erlebt hat. Zugleich betont er, warum es wichtig ist, sich Gehör zu diesem Thema zu verschaffen und sich gemeinsam mit anderen Betroffenen zu stärken (empowern).

Zudem [merkte](#) die Fraktionsvorsitzende der Stuttgarter Grünen, Gabriele Nuber-Schöllhammer, Folgendes an:

„Und wir müssen uns schon fragen, ob wir den Blick auf diese Gruppe der jungen Männer – und damit meine ich wirklich nur diese Gruppe, die da so auffällig ist, der 16- bis 25-Jährigen –, ob wir den Blick dahin zu wenig gerichtet haben. [...] Das heißt, wir müssen als Stadtgesellschaft gemeinsam mit Fachleuten überlegen, welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um diesen jungen Männern – mit und ohne Migrationshintergrund [...] – warum diese eine offensichtliche Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit umtreibt“

(Gabriele Nuber-Schöllhammer, Fraktionsvorsitzende der Grünen Stuttgart).

Arbeitsauftrag:

Schritt 1: Tauscht Euch in der Gruppe aus: Was ist vorgefallen? Wie haben T-Ser und seine Freunde auf die Kontrolle reagiert? Wie, denkt Ihr, haben sie sich in dem Moment gefühlt? Konzentriert Euch dabei insbesondere auf den folgenden Ausschnitt des Videos: 0:54–02:52.

Schritt 2: Sammelt Ideen dazu, wie man als Beobachter:in oder Betroffene:r von Racial Profiling agieren könnte.

Arbeitsauftrag:

Erörtere die Frage, ob im Fall der Stuttgarter Krawallnacht die familiäre Herkunft der Tatverdächtigen eine relevante Information für die Entwicklung präventiver Maßnahmen gegen Gewalt von Jugendlichen im öffentlichen Raum darstellt.

Warum die Debatte 2022 wieder aufkommt

Auch im Jahr 2022 nimmt die Debatte wieder Fahrt auf. Erneut geht es um die Frage, ob sich das Verhalten von Jugendlichen mit deren (vermeintlicher) Herkunft erklären lässt. Ein Beispiel ist ein Facebook-Post des CDU-Politikers Thrasivoulos Malliaras. Der SWR berichtet:

„Der Zustand der Stuttgarter Innenstadt an Wochenenden stößt beim neuen Kreisvorsitzenden der CDU Thrasivoulos Malliaras auf heftige Kritik. Nach einem Kinobesuch beschrieb er in einem Post bei Facebook, wie ihn ‚herumschreiende Jugendliche‘, ‚am Boden liegende Flaschen‘, ‚laute Musik‘, ‚aufgemotzte Karren‘ und eine ‚überforderte Polizei‘ stören: ‚Ein Bild wie im Affenzirkus‘. Dabei sei ihm eines aufgefallen: ‚Die Szenerie ist durch und durch migrantisch geprägt‘.“

Malliaras beschreibt detaillierter:

„Eine Szene wie aus einem schlechten Bushido-Film: Es geht um Sehen und Gesehen werden. Gruppen von jungen Mädels und Jungs belagern die Treppe. Überall laute Musik, mal wird gegen am Boden liegende Flaschen getreten. Die Atmosphäre ist wirklich schaurig und lädt gewiss nicht zum Verweilen ein.“

Infobox: Othering

Othering bezeichnet einen Prozess des „Anders-Machens“, beispielsweise durch Sprache. Damit gehen oft Strategien der Ausgrenzung einher. Bestimmten Menschen wird das Recht abgesprochen, zu einer (konstruierten) Mehrheit dazuzugehören und der vermeintlichen Norm zu widersprechen. Daher kann es verletzend sein, immer wieder als „Migrant:in“ bezeichnet zu werden, obwohl man in Deutschland geboren oder aufgewachsen ist. Vor allem aber wollen die meisten Menschen selbst entscheiden, was in Bezug auf die eigene Identität relevant ist. Während das für einige Menschen die familiäre Herkunft sein mag, ist die familiäre Migrationsgeschichte für andere vielleicht gar nicht so wichtig. Und für viele Menschen ist es völlig selbstverständlich, deutsch mit Migrationsgeschichte zu sein.

Arbeitsauftrag:

Tausche Dich mit einer Person darüber aus, wann Du selbst Menschen als „anders“ oder „migrantisch“ wahrnimmst. An welchen Punkten machst Du das fest? Worin liegt dabei die Gefahr?

Diskutiert in der Gruppe darüber, was man machen kann, um Menschen nicht auszugrenzen, oder wie man mit solchen Gedanken selbstkritisch umgehen kann, und nennt drei Vorschläge.

Polarisierte Reaktionen auf Malliaras Post

Die stellvertretende Kreisvorsitzende der Jungen Union Stuttgart Teresa Schreiber ergänzte zur Debatte:

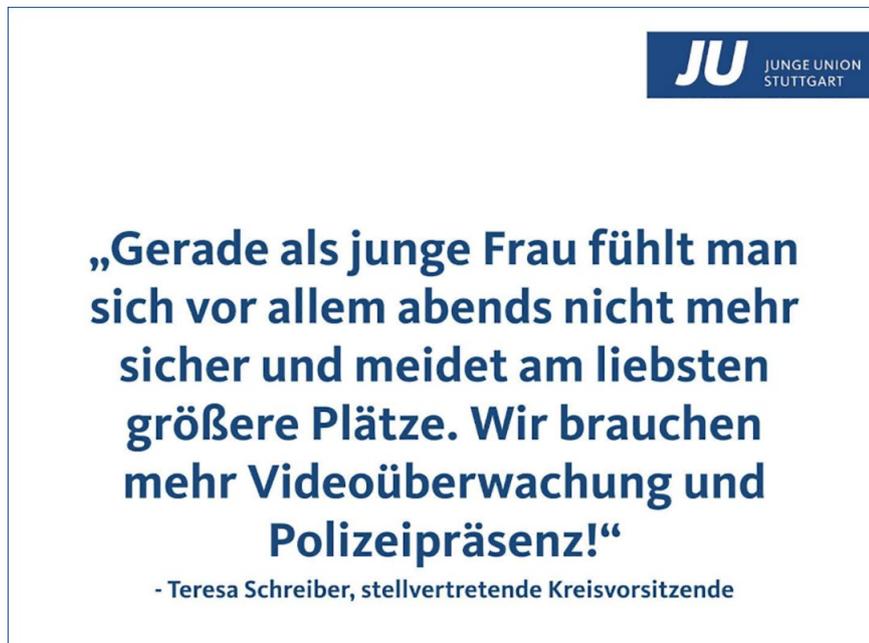


Abbildung 6

Auch Unternehmer:innen, die in der Stuttgarter Innenstadt einen Laden haben, scheinen Malliaras kritische Sicht auf die Jugend im öffentlichen Raum zu teilen. Der Manager der Königsbau-Passage nahe der Freitreppe, auf der sich Jugendliche gern treffen und die Malliaras in seinen Ausführungen nannte, beschreibt laut dem SWR

„ein Gefühl der Hilflosigkeit‘ wegen häufiger Randalen. Immer wieder würden Fensterscheiben oder Mobiliar der Außen-gastronomie mutwillig zerstört. Mitarbeiter und Kunden seien zwar in der Passage dank eines privaten Sicherheitsdienstes geschützt. Für den Außenbereich vor allem auf dem Kleinen Schlossplatz und an der Freitreppe gebe es aber den starken Wunsch nach mehr Kontrolle und Sicherheit.“

Deutlich wird, dass Anwohner:innen, die die Krawallnacht im Jahr 2020 aus unmittelbarer Nähe erlebt haben, besonders besorgt sind. Ein Gastwirt berichtete schon zum ersten Jahrestag der Ausschreitungen 2021 Folgendes:

„Seit das vor einem Jahr war, schaut man sich die Leute und Gruppen mit ganz anderen Augen an. Man schaut da rein und denkt sich, dass das wieder passieren könnte.“

Es gab aber auch Gegenstimmen. Diese bezogen sich in erster Linie auf die Anmerkung Malliaras, dass es sich bei den feiernden Jugendlichen, die von der Polizei als „Stuttgarter Partyszene“ bezeichnet wurden, um ein migrantisch ge-

prägtes Milieu handle. Der SWR berichtete hierzu:

„Auf Facebook widerspricht Stadtrat Luigi Pantisano (,Die FrAKTION'/Linke) dem CDU-Kreisvorsitzenden Malliaras massiv. Stuttgart sei eine Großstadt, ,nicht Backnang'². Man müsse die von Malliaras beschriebenen Probleme ,schon mit der Lupe' suchen.“

Er betont:

„Es geht darum, das Problem richtig zu beschreiben: Es war eine männlich geprägte Szenerie. Und das ist das Problem, wenn junge Männer zusammenkommen und viel Alkohol getrunken haben, wird die Situation schwierig. Dieselbe problematische Situation, die Sie beschreiben, findet sich auch mit weniger migrantischer Prägung auf dem Cannstatter Volksfest. Wenn die viel Alkohol intus haben, verhalten sie sich auch entsprechend. Das hat einfach nichts damit zu tun, ob sie migrantisch geprägt sind. [...] Junge Menschen brauchen Orte. Und es passiert immer, dass sich manche jungen Menschen nicht an die Regeln halten.“

Arbeitsauftrag:

Schritt 1: Arbeite die verschiedenen Positionen in den Reaktionen auf Malliaras Post heraus. Tauscht Euch hierüber anschließend in Kleingruppen aus.

Schritt 2: Erstelle anschließend ein Ranking dazu, wie überzeugend Du diese Positionen findest. Begründe Deine Entscheidungen.

Wem gehört die Stadt?

In der Folge der Auseinandersetzungen in Stuttgart wurde viel darüber gesprochen, wie man Gewaltausbrüche wie in der „Stuttgarter Krawallnacht“ in Zukunft verhindern könnte. So wurde zum Beispiel die Freitreppe in Stuttgart zu bestimmten Zeiten gesperrt:



Arbeitsauftrag:

Schritt 1: Tauscht Euch in Kleingruppen aus:

- Welchen Ort hast Du vor Augen, der Teil des öffentlichen Raums ist?
- Wer nutzt diesen Ort zu welchem Zweck?
- Gelten dort bestimmte Regeln?
- Und wenn ja, welche?

Schritt 2: Formuliert drei Regeln, die Eurer Meinung nach allgemein im öffentlichen Raum gelten sollten.

Abbildung 7

² Große Kreisstadt (35.000 Einwohner:innen), rund 30 km von Stuttgart entfernt.

Manche fragten aber auch nach den Gründen für die Gewalteskalation. So kritisierte der Soziologe Albert Scherr die Art und Weise der Aufarbeitung der „Krawallnacht“:

„Es wurde bislang unterlassen, genauer zu untersuchen, warum sich in dieser einen Nacht alles so dramatisch hochgeschaukelt hat“, sagte Scherr. Er spricht von einer „Vielzahl von Faktoren“, angefangen von den fehlenden Beschäftigungsalternativen angesichts der strengen Coronamaßnahmen, von der aufgeheizten Stimmung des Sommers durch die Bilder der Rassismusproteste in den USA und von der starken Aversion der Jugendlichen gegen die Polizei. „All diese Gründe dürfen wir nicht als Entschuldigung betrachten, sondern als den Versuch einer Erklärung“, sagte Scherr.

Die „Krawallnacht“ zog einige Maßnahmen nach sich, die verhindern sollten, dass sich ein derartiger Vorfall wiederholen könnte. Neben sicherheitspolitischen Schritten (wie der Installation von Überwachungskameras) wurden von der Stadt Stuttgart fünf Streetworker:innenstellen geschaffen, die u. a. bei der Evangelischen Gesellschaft (Eva) und dem Stuttgarter Caritasverband angesiedelt wurden.

Armin Biermann (Caritasverband Stuttgart) äußerte sich dazu wie folgt:

„Wir wollen in der Innenstadt zur Befriedung beitragen und gleichzeitig den jungen Menschen, die sich dort aufhalten, die Angebote der Mobilen Jugendarbeit zugänglich machen.“

In der Debatte rund um Jugend im öffentlichen Raum fällt aber vor allem eins auf: Es wird viel über Jugendliche gesprochen, aber wenig mit ihnen. 2021 wurde in Stuttgart eine digitale Jugendbefragung durchgeführt, deren Ergebnisse im Rahmen einer Jugendkonferenz ausgewertet und in Forderungen und Wünsche eingearbeitet wurden. Die Forderungen lauten:

I ♥ Stuttgart – Wie und wo Stuttgart für Jugendliche attraktiver wird.
AK Jugendrat Formulierung

Wir wünschen/wir fordern:

- **Akzeptanz, dass Jugendliche sich auf öffentlichen Plätzen treffen können und auch gerne gesehen werden, nicht schief angeschaut werden, sondern sich dort auch aufhalten dürfen nach dem Motto: „das sind unsere Jugendliche, die gehören dazu“.**
- Auf bereits vorhandenen Plätzen und Orten attraktive Sitzmöglichkeiten einzurichten, mit und ohne Überdachung möglichst flexibel, beweglich und attraktiv gestaltet (z.B. Verleihsystem von Liegestühlen)
- Planung und Bereitstellung von Flächen und Räume nur für Jugendliche, z.B. Freizeitflächen mit Möglichkeiten für Graffiti, Kicken, Basketball, Volleyballfeld, Calisthenics, Slack Line, große Korbschaukeln, Smart Benches, Trinkwasserspender etc.
- Konsumfreie Räume einrichten, möglichst bzw. weitestgehend von Jugendlichen selbstverwaltet, z.B. Café 13 in Weilimdorf



Abbildung 8

Arbeitsauftrag:

Liste die Erklärungsansätze auf, die der Soziologe für die Gewalt von Jugendlichen nennt. Wie plausibel findest Du sie? Begründe deine Entscheidung. Welche (weiteren) Erklärungsansätze fallen Dir ein?

Arbeitsauftrag:

Schritt 1: Überlege! Was würdest Du als Streetworker:in als Erstes tun, um zur „Befriedung“ nach der Krawallnacht beizutragen?

Schritt 2: Recherchiert in der Gruppe, was Aufgaben der Mobilen Jugendarbeit (JA) sind, und denkt Euch ein Fallbeispiel aus, bei welchem sichtbar wird, wie die Mobile Jugendarbeit im öffentlichen Raum tätig werden kann und wie ein typischer Arbeitstag eines:einer Sozialarbeiter:in der Mobilen JA aussehen könnte.

Wir wünsche/wir fordern:

- Generelle Beteiligung von Jugendlichen bei Neubau oder Renovierung von öffentlichen Plätzen
- Befragungen an Schulen im Umfeld
- Online-Befragungen, um möglichst viele Jugendliche zu erreichen

Abbildung 9

Reflexionsfrage:

Wie verbringst Du gerne einen Samstagabend mit Freund:innen? Was ist Dir dabei wichtig? Was brauchst Du, um Dich gemeinsam mit Freund:innen wohlfühlen? Wo siehst Du diese Bedürfnisse erfüllt?

Arbeitsauftrag:

Schritt 1: Recherchiere, ob es in Deinem Wohnort Debatten rund um Jugendliche im öffentlichen Raum gab und gibt. Erstelle eine Übersicht!

Schritt 2: Erstelle eine Umfrage, die die Wünsche und die Bedürfnisse von Jugendlichen im öffentlichen Raum erfasst, und befrage Deine Klasse oder Deinen Freund:innenkreis.

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Die Stuttgarter Freitreppe neben dem Kunstmuseum am Kleinen Schlossplatz. Bild: [Stuttgart-Marketing_GmbH](#), Werner Dieterich

Abbildung 2: [Screenshot Twitter](#). Bild: @PP_Stuttgart

Abbildung 3: [Screenshot Twitter](#). Bild: @zeitonline

Abbildung 4: [Screenshot Twitter](#). Bild: @_nasir_ahmad_

Abbildung 5: [Screenshot Twitter](#). Bild: @HadijaHaruna

Abbildung 6: [Screenshot Twitter](#). Bild: @JUStuttgart

Abbildung 7: [Screenshot Twitter](#). @LuigiPantisano

Abbildungen 8 und 9: Digitale Jugendkonferenz zur Stuttgarter Jugendbefragung, 15. April 2021. Ergebnisse Kurzzusammenfassung. Bild: Jugendrat Stuttgart

Impressum

Herausgeber

ufuq.de – Pädagogik, Politische Bildung und Prävention in der Migrationsgesellschaft

Dudenstraße 6, 10965 Berlin
Tel. 030 / 98 34 10 51

www.ufuq.de

www.kn-ix.de

info@ufuq.de

www.twitter.com/ufuq_de

www.facebook.com/ufuq.de

www.instagram.com/ufuq.de

Gestaltung

axeptDESIGN

Copyright 2022, CC-Lizenz: BY-NC-ND 3.0

Redaktioneller Stand: Juli 2022

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ, des BAFzA oder der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Diese Publikation erscheint im Rahmen des Kompetenznetzwerks Islamistischer Extremismus/KN:IX und in Kooperation mit dem Team meX der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.



lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

#moderndenken

